



Setzen sich für das Klima ein: Die Aktivisten von Hannover Zero.

Foto: privat

Klimaschutz-Petition hat genügend Unterstützer

VON ELISABETH WOLDT

Hannover. Soll Klimaschutz in Niedersachsen kommunale Pflichtaufgabe werden? Eine Petition zum Thema hat am Mittwoch die erforderliche Anzahl von 5000 Mitzeichnungen erreicht – nun muss sich der Petitionsausschuss des Landtags mit der Forderung beschäftigen.

Bei den Initiatoren der Klimaschutzorganisation von Hannover Zero ist die Freude groß: „Die Petition war erfolgreich! Jetzt liegt es an der Politik, kommunalen Klimaschutz von der Planung in die Umsetzung zu überführen“, sagt Sprecher Maximilian Bleicher.

Um die Klimaziele einhalten zu können, müsse Klimaschutz in den Kommunen Priorität werden und aus dem niedersächsischen Landeshaushalt auch die entsprechenden Mittel erhalten. Dafür soll das Vor-

Verschärfung des Klimagesetzes:
Organisation sammelt 5000 Unterschriften –
Anliegen wird Thema im Landtag

haben für ein Klimagesetz der Landesregierung überarbeitet und angepasst werden.

Die Petition kann noch bis zum 3. April unterzeichnet werden, dann endet die Frist von sechs Wochen, in denen öffentliche Onlinepetitionen in Niedersachsen unterstützt werden können.

Unterstützung für die Initiative von Hannover Zero gibt es von der Landtagsfraktion der Grünen: „Ich freue mich über das zivilgesellschaftliche Engagement“, sagt Landtagsabgeordnete Marie Kollenrott (Grüne). Auch die Regierungsfractionen haben sich vorgenommen, das Klimaschutzgesetz zu erneuern. Wie genau es ausge-

staltet werden solle, werde bereits diskutiert, berichtet die Fraktionssprecherin für Energie und Klimaschutz. Eine der Fragen sei dabei, was genau verpflichtend für die Kommunen werden solle. Auch die kommunalen Spitzenverbände und die Umweltschutzorganisationen würden konsultiert. Das Ziel sei es, mit dem Klimagesetz noch in diesem Jahr in die nächste Runde zu gehen.

Auch der Niedersächsische Städte- und Gemeindebund steht den Forderungen der Petition grundsätzlich offen gegenüber: „Dem Klimaschutz kommt auch aus kommunaler Sicht eine entscheidende Bedeutung für die zukünftigen Le-

bensgrundlagen zu“, sagt Sprecher Stephan Meyn. Damit Kommunen ihrem Teil der Verantwortung dabei gerecht werden könnten, müssten sie für die an sie gestellten Erwartungen ausreichend personell und finanziell ausgestattet sein. Es brauche eine langfristige Planung abseits von Förderangeboten. „Klimaschutz darf sich nicht ausschließlich aus Förderangeboten speisen, sondern muss als Daueraufgabe verstanden werden.“

Bereits mit der letzten Novelle des niedersächsischen Klimagesetzes im Sommer 2022 wurde eine Reihe von Aufgaben im Bereich des Klimaschutzes den Kommunen als Pflichtaufgabe zugeordnet. Dazu gehören Klimaschutzkonzepte, Beratungsangebote, Entsiegelungskataster sowie eine kommunale Wärmeplanung. Diese Änderungen treten zum 1. Januar 2024 in Kraft.